

Inhaltsverzeichnis News Letter Nr. 1.

- 1. Einleitung**
- 2. Die Rote Hilfe e.V. im Verfassungsschutzbericht 2000 des Landes Brandenburg**
- 3. Schönbohms Repressionsmaschinerie lief beim Rheinsberger Castortransport ins Leere**
- 4. Besuche und Post von der Kripo**
- 5. Von Fahrzeugkontrollen bis Residenzpflicht**
- 6. Anquatschversuch in Potsdam**
- 7. Justiz gegen rechts**
- 8. Ermittlung wegen versuchten Totschlags gegen Opfer**
- 9. Brief aus dem Knast**
- 10. Knastinterview**
- 11. Friko**
- 12. Mexiko**
- 13. Plan Colombia**
- 14. Zensur in Potsdam**
- 15. Vollinitiative gegen Bullenterror**

1. Rote Hilfe im Land Brandenburg 2001

Liebe GenossInnen,

Kapitalismus tötet, das sollte jeder/m klar sein - ist es ja auch.

Wir haben diesen Rundbrief neben den üblichen Repressionsberichten aus dem Schönbohmland um zwei internationale Berichte bereichert. Getreu unserer Satzung: „Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde.“ Wie das internationale Kapital auf die Sozialen Bewegungen in Kolumbien und Mexiko reagiert, verdient unser Augenmerk und die Betroffenen unsere Solidarität, Kraft und Liebe.

Darüber hinaus hat uns die Landesregierung mit einem Polizeigesetz beglückt, wo mensch meinen könnte, das kann doch wohl nicht war sein, aber es kommt noch besser: Jörg denkt bereits über Fahrzeugkontrollen mit gezogener Schusswaffe nach.

Der General wird eh immer wieder für eine Überraschung gut sein, solange er die Bewohner Brandenburgs nicht in eine homogene duckende Preußische Armee verwandelt hat oder wenigstens (unter welchem Vorwand auch immer) den Kriegszustand, wie zuletzt in Rheinsberg erprobt, ausrufen kann. Die RH engagiert sich in der Volksinitiative zur Stärkung der Grund- und Bürgerrechte gegenüber der Polizei.

In Brandenburg sind ca. 120 Linke in der Roten Hilfe organisiert, es gibt nach wie vor 3 Kontaktadressen und eine Ortsgruppe. Der Verfassungsschutz hat sich der RH im vergangenen Jahr etwas intensiver gewidmet. Zwar stand im VS-Bericht viel Unfug, doch das massenhafte Verschwinden von Postsendungen (wovon nicht nur die RH betroffen war) sowie mehrere bekannt gewordene Anquatschversuche und der verstärkte Einsatz von Staatsschutz, LESE und MEGA gegen Linke lassen erahnen, daß die Schlapphüte besser informiert sind als sie zugeben.

Nichtsdestotrotz wurde von der RH vielen kriminalisierten RevoluzzerInnen durch Rechtsberatung, AnwältInnen, finanzielle Unterstützung oder durch Schaffung von Öffentlichkeit geholfen. Es wurden Ermittlungsausschüsse organisiert, Infoveranstaltungen und Öffentlichkeit zu zahlreichen satzungsgemäßen Themen gemacht. Was leider noch auf sich warten läßt, ist eine Brandenburger Homepage der RH, aber das schaffen wir ja vielleicht zum nächsten Jahr.

Das Landesaktiventreffen der Roten Hilfe e.V. in Brandenburg

Ihr könnt uns erreichen unter folgenden Adressen:

Rote Hilfe e.V. Potsdam
c/o Infoladen
Lindenstraße 52
14467 Potsdam
potsdam@rote-hilfe.de
Sprechzeiten jeden 2. Mittwoch
(ungrade Woche) 18.00 – 20.00 Uhr

Rote Hilfe e.V. Rathenow
c/o Freibeuter e.V.
Goethestraße 40
14712 Rathenow
rote-hilfe.Rathenow@gmx.de

Rote Hilfe e.V. Senftenberg
PSF 101501
01958 Senftenberg
senftenberg@rote-hilfe.de

Rote Hilfe e.V. Frankfurt/Oder
Auf Anfrage in einer der 3 anderen Adressen
Oder beim Bundesvorstand:
Rote Hilfe e.V.
PSF 3255
37022 Göttingen
Bundesvorstand@rote-hilfe.de

Solidarität hilft siegen!

2. Die Rote Hilfe e.V. im Verfassungsschutzbericht 2000 des Landes Brandenburg

Auch in diesem Jahr beehren uns die Schlapphüte mit ihren Verunglimpfungen und Beobachtungsergebnissen. Neu ist die versteckte Drohung, die „Aktivisten der gewaltbereiten linksextremistischen Szene“ in Brandenburg, die Mitglieder der RH sind, seien bekannt. Nun, vielleicht ein Ausdruck verzweifelter Ruderns im Ungewissen, nachdem auch die jüngsten Anquatschversuche in Brandenburg ausnahmslos fehlgeschlagen und bekannt geworden sind. Darüber hinaus ist der VS sichtlich schlecht informiert, denn wie jedes Brandenburger RH - Mitglied weiß, ist der erste News-Letter bereits im Juni erschienen, keineswegs jedoch Ende des Jahres.

Besonders „Dicke“, ja geradezu verschnappt kommt es dann zum neuen Polizeigesetz. Wissenschaftlich und juristisch einwandfrei festgestellte Unvereinbarkeiten mit dem Grundgesetz und allgemein anerkannten Bürgerrechten werden negiert. Aber macht Euch doch bitte selbst ein Bild von der Arbeit der Schlapphüte zur RH in Brandenburg.

Auszug aus dem VS - Bericht 2000, Seite 127:

6. „Rote Hilfe e.V.“ (RH)

Gründungsjahr: 1975
Sitz: Göttingen
in Brandenburg aktiv seit: 1993
Mitglieder bundesweit: 4.000
Brandenburg: 80
für Brandenburg relevante
überregionale Publikation: „Die Rote Hilfe“
Brandenburger Publikation: „News-Letter“
Internetadresse: www.rote-hilfe.de

Die „Rote Hilfe“ (RH) wurde im Jahre 1975, in Anlehnung an eine 1924 in der Weimarer

Republik entstandene Hilfsorganisation gleichen Namens, gegründet. Ihrem Selbstverständnis nach begreift sie sich als eine „Solidaritätsorganisation, die politisch Verfolgte aus dem linken Spektrum unterstützt“. Damit ist gemeint, dass die RH linksextremistischen Straftätern Prozess- und Anwaltskosten erstattet.

Die RH wurde in früheren Jahren eher von Angehörigen des orthodoxen kommunistischen Spektrums dominiert. Im Verlauf der letzten Jahre hat sich bundesweit eine Vielzahl Autonomer der RH angeschlossen. Auch in Brandenburg erhielt die RH regen Zulauf insbesondere von bekannten Aktivisten der gewaltbereiten linksextremistischen Szene. Nicht nur wegen der Aussicht auf Prozesskostenhilfe ist für sie die RH attraktiv, sondern auch wegen der Möglichkeit, unter dem „antifaschistischen“ Denkmantel einer legalen Organisation agieren zu können.

Ihre zweijährliche Bundesdelegiertenversammlung hielt die RH vom 16. bis 18. Juni in Gräbendorf (Landkreis Dahme-Spreewald) ab. Im Mittelpunkt standen Organisations- und Strukturfragen und die Bewältigung interner finanzieller Probleme. Sitzungsgemäß waren zuvor die Delegierten auf Orts- oder Regionalmitgliederversammlungen gewählt worden, so im März die Brandenburger Delegierten auf einer Regionalmitgliederversammlung in Potsdam.

Die RH konnte, anders als die meisten linksextremistischen Organisationen, in den letzten Jahren ihre Mitgliederzahl erhöhen. In nur zwei Jahren sind bundesweit ca. 1.300 Personen der RH beigetreten. Auch in Brandenburg hat die RH kontinuierlich an Mitgliedern gewonnen und ihre Organisationsstruktur ausgebaut. Im Herbst wurde die Ortsgruppe Potsdam gegründet. Weitere Anlaufpunkte gibt es in Frankfurt (Oder), Rathenow und Senftenberg. Seit zwei Jahren werden in Brandenburg sogenannte „Aktiventreffen“ durchgeführt. Sie sollen RH-Mitgliedern, die keiner Orts- oder Regionalgruppe angehören, die Gelegenheit bieten, sich zu informieren und Aktionen zu koordinieren. Seit Ende 2000 erscheint als Brandenburger Mitgliederrundbrief die Publikation „News-Letter“. Damit hat sich die RH in Brandenburg erstmals ein publizistisches Forum geschaffen, das als „Gegenöffentlichkeit“ inmitten der aus Sicht der RH gleichgeschalteten Medienlandschaft den Mitgliedern den Austausch miteinander ermöglichen soll. Die RH in Brandenburg beteiligte sich am bundesweiten Aktionstag „Internationaler Tag des politischen Gefangenen“ am 18. März und an der bundesweiten Initiative zur „Freilassung der politischen Gefangenen aus der RAF“.

Auch agitierte sie gegen die Neufassung des Brandenburgischen Polizeiaufgabengesetzes. Zu diesem Thema stellte sie eine eigene Presseerklärung ins Internet, in der behauptet wurde, mit der Einführung der Videoüberwachung ausgewählter öffentlicher Plätze werde ein Rechtsstaatsprinzip verletzt.

Daneben betreute die RH Demonstrationen u. a. mit so genannten „Ermittlungsausschüssen“, die sich mit vorgeblichen Übergriffen von Polizisten auf Demonstranten befassen. Die RH Potsdam unterstützte außerdem den Aufruf des „Antifa“ - „Bündnisses gegen Rechts“ zur Demonstration am 14. Oktober in Leipzig.

Den Gesamten Bericht wie auch alle anderen bisher in Brandenburg erschienenen findet ihr unter:
www.brandenburg.de/land/mi/vschutz/berichte

3.

12 Millionen ÷ 300 = 40 000

Schönbohms Repressionsmaschinerie lief beim Rheinsberger Castortransport ins Leere

Es ist vollbracht: Brandenburgs erster und einziger Castortransport ist durch. Aus dem stillgelegten Atomkraftwerk in Rheinsberg wurden am 9. Mai die 246 radioaktiven Brennstäbe per Schiene ins Zwischenlager Nord bei Greifswald gebracht.

Aus Sicht der Antiatombewegung können die Protestaktionen gegen den Transport als voller Erfolg gewertet werden: Die Castoren loszuwerden, wurde für das Land verdammt teuer. Allein die Kosten für den Polizeieinsatz werden auf 12 Millionen Mark geschätzt, rund 6000 Büttel waren während der Transporttage castorbedingt unterwegs. Wenn mensch von einer Zahl von 300 AktivistInnen vor Ort ausgeht, beschäftigte jedeR CastorgegnerIn also 20 Bullen und verursachte 40000 Mark Kosten. Zudem gelang es viele Menschen in der Region erstmals mit atomkritischen Positionen zu konfrontieren.

Bemerkenswert ist, dass im Prinzip gar keine Proteste nötig waren, um den Rheinsberg-Castor so teuer werden zu lassen. Die von Innenminister Schönbohms Sicherheitswahn angetriebene Repressionsmaschinerie lief grundlos monatelang auf Hochtouren. Für alle, die es sehen wollten, maskierte sich der Polizeistaat von ganz alleine. Das Repertoire der Büttel reichte von Angriffen auf das Presse- und Versammlungsrecht über Denunziationsaufrufe an die Bevölkerung bis hin zu Geheimdiensteinsätzen. Und das alles für eine gewaltfreie, schnell aufgelöste Sitzblockade von gut 20 AktivistInnen.

Brandenburg ist bekanntlich ein Land, in dem Rechts-sein Mainstream ist, in dem mordende Nazis die Straßen beherrschen und ein Ex-General das Innenministerium. Die wenigen Ansätze alternativer Lebenskultur werden von der Bevölkerung mehrheitlich als störend empfunden. Deshalb war vorher klar, dass Rheinsberg kein zweites Gorleben wird. Es gab und gibt in Rheinsberg keine atomkritischen Stimmen, von einer Infrastruktur für

groß angelegte Proteste ganz zu schweigen. Im Gegenteil: Die RheinsbergerInnen fühlen sich ihrem Kraftwerk verbunden, schließlich war es doch jahrzehntlang der wichtigste Arbeitgeber. Sie waren froh, den Atommüll endlich loswerden zu können und standen deshalb den potentiellen TransportgegnerInnen immer feindlich gegenüber. Die einzige Ausnahme ist der Kirchliche Umweltkreis Menz.

Das ohnehin vorhandene Unverständnis für Proteste in Rheinsberg wurde von offizieller Seite geschürt. „Ängste vor bürgerkriegsartigen Zuständen sind gezielt provoziert worden“, äußerte sich richtigerweise Pfarrer Reinhard Dalchow vom Kirchlichen Umweltkreis Menz in der Regionalpresse. Das einzig gefährliche am Castortransport seien die Proteste, wurde suggeriert. Immer wieder erklärten staatliche Organe wie Innenministerium, Landtag oder Polizei, dass unbedingt mit militanten Protesten zu rechnen sei. Vom wem diese ausgehen sollten, wurde nicht erläutert. Unmittelbar vor dem Transport mussten dann die gerade beendeten Aktionen in Gorleben und die Riots beim 1. Mai in Berlin herhalten, um weitere Hysterie zu schüren. Ein von Bullen entdecktes aber schon immer dagewesenes Erdloch konnte so auch mal eben als „Unterstand für Castorstörer“ interpretiert werden. In den wie Heuschrecken über das unschuldige Rheinsberg herfallenden „Reisechaoten“ hatten Schönbohm und Kumpanen endlich eine passende Rechtfertigung für ihr Vorgehen gefunden. Die Angst um den Gartenzwerg vorm Haus und die Fensterscheibe im Wohnzimmer wuchs bei den Rheinsbergern weiter an – Der Platz für das eigentliche Thema dieser Tage, den Transport selbst, wurde so weiter verkleinert. Der Diskurs um die vermeintlich zu erwartende Gewalt verhinderte, dass die AktivistInnen ihre Argumente anbringen konnten.

Sicherlich ist es schade, dass der Rahmen für die Proteste in Rheinsberg sehr beengt war: Gerade für AktivistInnen aus Berlin und dem ebenso nahen Wendland wäre es möglich gewesen, sich einmal in Brandenburg zu engagieren. Mit tausenden statt nur 300 Menschen wäre vielleicht auch Raum für begrüßenswerte militante Aktionen gewesen. Doch ein größerer Widerstand war wie gesagt strukturbedingt nicht möglich. Dass wußte auch Schönbohm und trotzdem sorgte er für ein riesiges Polizeiaufgebot. Es zeigte sich einmal mehr, dass der Sicherheitdiskurs der Herrschenden Selbstzweck ist. Dass die Ängste erst verstärkt oder überhaupt erst produziert werden müssen, zu deren Befriedung dann der Polizeistaat herangezogen werden kann. Schönbohm spekulierte zudem darauf, in Rheinsberg die vom ihm durchgesetzten Befugniserweiterungen der Polizei in der Praxis ausprobieren zu können.

Schon 1998 und 1999, also vor dem Amtsantritt Schönbohms, wurden die vom inzwischen aufgelösten Antiatom-Plenum Neuruppin organisierten Sonntagsspaziergänge von der Polizei unverhältnismäßig stark überwacht. In der Folge recherchierte der Staatsschutz verstärkt in Neuruppin. Gezielt wurde regelmäßig im örtlichen Ökoladen nach atomkritischen Flugblättern und Flyern gesucht, Menschen eingeschüchert und ausgefragt.

Ab März 2001 fanden die staatlichen Einschüchterungsversuche dann ihre Fortsetzung. Bezeichnenderweise noch bevor die Rheinsberg-Castor-GegnerInnen anfangen, sich zu formieren, begann die mediale Panikmache vor den Protesten. Flankiert wurden diese von repressiver Polizeirecherche. Zum Beispiel erhielt eine Neuruppiner Greenpeace-Aktivistin zu Hause und an ihrer Arbeitsstelle Besuch von der Polizei und wurde aggressiv befragt.

Als Initiativen wie etwa das Antiatomplenum Berlin, der Umweltkreis Menz, die Grüne Liga und viele ostdeutsche Antiatom-Gruppen dann tatsächlich begannen, zu Aktionen aufzurufen, verschärfte sich die Situation weiter. Menschen aus Potsdam, Bernau und Angermünde erhielten Aufenthaltsverbote für Rheinsberg für die Zeit vor und während des Transports. Selbstverständlich ignorierten die Betroffenen diese.

Die Polizeiwache Rheinsberg richtete dann ein Infobüro ein, eigens um den BürgerInnen ihre Einsätze noch besser verkaufen zu können. Dort konnte jedeR der/die wollte, sich erzählen lassen, dass sowohl die Sicherheit im Ort als auch die Verhältnismäßigkeit des Polizeieinsatzes gewährleistet seien. Derweil lud Rheinsbergs Bürgermeister Manfred Richter (SPD) die Antiatom-Inis zu einem Koordinationsgespräch ein. Die Gekommenen mussten sich dann prompt von der Polizei fotografieren lassen - Zustände à la 1984 und niemand wollte es wahrnehmen.

In einem Brief rief die Polizei die RheinsbergerInnen zudem zur Denunziation der Castor-Gegner auf. Neben der offen sichtbaren Polizeipräsenz begannen die Büttel auch, den Rheinsberger Bahnhof permanent heimlich mit Kameras zu überwachen. Zivilbullen observierten in diesen Tagen auch das alternative Infocafé Mittendrin in Neuruppin. Eine Bannmeile um die Castor-Schienenstrecke bei Rheinsberg wurde eingerichtet. Zu spüren bekamen das ein Aktivist, der sich beim Holzholen fürs Lagerfeuer zu weit vorwagte und deshalb die Nacht im Knast verbringen musste sowie ein Rheinsberger Rentner-Ehepaar, das nach einer Grillparty die Abkürzung durch den Wald für den Nachhauseweg benutzen wollte. Die beiden mußten Bußgeld bezahlen. Zwei Rheinsberger Jugendliche, die am Transporttag aus Neugierde nahe der Strecke unterwegs waren, wurden sofort aufgegriffen und zur Gefangenessammelstelle (Gesa) in Neuruppin-Treskow gebracht.

Die Gesa wurde vor dem Transport stolz der Presse vorgeführt. 200 Menschen sollten die zehn winzigen Container aufnehmen können, am Eingang prangte ein an Zynismus kaum zu überbietenes „Herzlich

Willkommen“-Schild, um die Gefangenen zu begrüßen. Einige Demos und Kundgebungen, die in der Rheinsberger Umgebung stattfinden sollten, wurden schon im Vorfeld verboten.

Die Polizei präsentierte derweil in Rheinsberg ihr Räumgerät, Wasserwerfer, Hubschrauber, kontrollierte ständig die Schienen, sperrte weite Gebiete nahe der Strecke mit Stacheldraht ab. Die Büttel nisteten sich auch, ohne behördliche Genehmigung und ohne Rücksicht auf die Umwelt zu nehmen, im Naturschutzgebiet Stechlin ein.

Am 9.Mai fuhr der Castortransport in den frühen Morgenstunden los. Kilometerweise wurden Straßen abgesperrt, auch die ganz normalen Zufahrtswege nach Rheinsberg. An praktisch jeder zweiten Ecke standen die Bullen und führten Fahrzeugkontrollen durch. Ein Redakteur einer Regionalzeitung schrieb: „Wer überhaupt in die Nähe des Geschehens kommen wollte, mußte sich auf ein Katz- und Mausspiel mit der Polizei einlassen.“

Wie bekannt besetzten zwischen Grieben und Herzberg knapp über 20 AktivistInnen die Bahnschienen. Trotz der allgegenwärtigen Polizei hatten sie sich relativ problemlos bis zur Castor-Strecke schleichen können. Die friedliche Sitzblockade wurde, unter Anwesenheit eines ORB-Kamerateams schnell von den eintreffenden Bullen aufgelöst. Die Festgenommenen wurden zur Gesa nach Neuruppin gebracht und dort nach ED-Mißhandlung nach einigen Stunden entlassen. Einer der Gefangenen wurde einige Tage später zu einer Geldstrafe von 600 Mark verurteilt, wegen angeblichen „Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte“. Der Jüterboger soll sich beim Auflösen der Gleisbesetzung „gegen den Abtransport gesperrt“ haben.

Das war dann wohl der ach so gefürchtete militante Castorwiderstand.

Dementsprechend muss sich Schönbohm seit dem Transport auch einige unangenehme Fragen über seine Polizeieinsatz-Strategie gefallen lassen. „Die Zahl der Störer war vernachlässigbar“, muss der CDU-Hardliner zwar einräumen, dennoch verteidigt er sein Konzept: „So ein Transport ist ein sehr dynamischer Prozess.“ Da Castor-Proteste unberechenbar seien und er keine anderslautenden Ratschläge von der Polizeiführung bekommen habe, habe er richtig gehandelt, behauptet Schönbohm. Wegen dem Castor-Widerstand im Wendland und den Ereignissen am 1.Mai in Berlin hätte mensch schließlich mit dem Schlimmsten rechnen müssen. Erstaunlicherweise scheint ein guter Teil der bürgerlichen Presse Schönbohms Rechtfertigungen Glauben zu schenken. Nur vereinzelt sind kritische Zeilen über die zu große Polizeipräsenz und der daraus resultierenden Steuergeldverschwendung zu lesen. Der in Rheinsberg systematisch betriebene Grundrechteabbau fällt hingegen vollständig unter den Tisch.

[jan] Jugendantifa Neuruppin

Postfach 1432 * 16803 Neuruppin www.jan.nonazis.de * antifaneuruppin@yahoo.de

4. Vorbeugen ist besser als heilen

Getreu diesem Motto hat die polizeiliche Führung in Brandenburg den Castortransport von Rheinsberg nach Greifswald vorbereitet. Nicht, daß schon einen Monat vor dem geplanten Transport 1000-e PolizistInnen in der Gegend waren und alle und alles aufgehalten, kontrolliert haben usw. Nein, es wurden Briefe ins ganze Land verschickt, die fast alle den gleichen Inhalt hatten.

Diese Briefe sind im Vorfeld des Transportes verschickt worden, wir wissen von ca. 15. In allen wurden die EmpfängerInnen darauf aufmerksam gemacht, daß ein Castor im Land Brandenburg fahren wird, und da die entsprechenden Personen schon mehrmals im Zusammenhang mit "ähnlichen Ereignissen" "auffällig" geworden seien, wurde ihnen davon abgeraten sich in die entsprechenden Landkreise zu begeben. Sollten sie dennoch nach Rheinsberg und Umgebung fahren, dann müßten sie mit "alle(n) polizeirechtlich zulässigen Maßnahmen" rechnen. Bei der flächendeckenden Einschüchterung des Castorwiderstandes hatten sich die Behörden auch nicht gescheut, Menschen, die sich bis dato noch nicht an Protesten gegen die Castortransporte beteiligt hatten, aber anderweitig politisch aktiv sind, mit anzuschreiben. Es ist uns ein Fall bekannt geworden, bei dem es nicht bei einer Warnung geblieben ist, sondern schon im Vorfeld ein Aufenthaltsverbot für die entsprechenden Landkreise ausgesprochen worden ist.

In Potsdam haben einen Tag vor dem geplanten Transport 5 Menschen Besuch von der Kriminalpolizei bekommen. Diese erkundigte sich nach konkreten Namen. Die Zivilbeamten trafen aber nur in einem Fall einen Menschen an, und diesem machten sie klar, daß sie um seinen Willen wissen, militante Aktionen im Zusammenhang mit dem Rheinsbergcastor durchzuführen. Danach fragten sie: "Haben sie denn vor, sogenannte Hakenkrallen zu werfen?". Recht verduzt von solcherlei Fragen, wurden die Beamten recht schnell der Tür verwiesen, und es wurde ihnen klar gemacht, daß die entsprechende Person nicht mit "Cops" redet. Wahrscheinlich die gleichen Beamten verschafften sich in einem Fall Zutritt zu einem Haus, obwohl die entsprechenden Personen, nach denen sie sich erkundigten, nicht anwesend waren. Dabei haben sie den Menschen, welcher die Tür öffnete, ziemlich rüde aus dem Weg gedrängt und sind zwar nicht in Wohnungen eingedrungen, haben sich aber das Haus angesehen und verschwanden dann doch recht schnell, als andere Leute hinzukamen. Alle fünf in Potsdam bedrängten Personen hatten die gesamte Nacht, teilweise sichtbar und offensiv, mindestens einen Wagen der Polizei vor ihren Wohnungen bzw. Häusern.

Auf telefonische Nachfrage bei der Kripo in Potsdam konnte sich der entsprechende Oberpolizist nicht erklären, wie es dazu gekommen sein könnte. Er erläuterte, daß die Kripo "hin und wieder Briefe bekommt, auf denen dann Namen stehen, die sie überprüfen sollen", so auch in diesem Fall geschehen. Wer diese Briefe verschickt, könne er natürlich nicht sagen.

Ein weiterer Fall reiht sich in diesen Reigen der Repression ein. Eine Person hat im Gebiet um Rheinsberg ein Aufenthaltsverbot bekommen. Später hatte diese Person Besuch von der Kripo, welche nachprüfen wollte, ob er seiner Auflage, daß Gebiet zu verlassen, auch nachgekommen sei.

Insgesamt sind uns solcherlei Briefe aus den Orten Straußberg, Angermünde, Bernau, Cottbus und Potsdam, also flächendeckend in Brandenburg. Nach Angaben der Polizei Oranienburg waren 9 Briefe mit einem vorbeugenden Aufenthaltsverbot versehen.

Mit dieser Vorgehensweise hat das Innenministerium in Brandenburg eine neue Stufe der Repression erklommen. Nach dem Diffamieren in der Öffentlichkeit, dem Verfolgen von geringfügigen Ordnungswidrigkeiten wie schwerste Straftaten, werden nun Menschen im Vorfeld mit polizeilichen Maßnahmen überzogen. Es wird ganz offen gedroht, daß, sollte es eine Teilnahme an Aktionen geben, der Staat in voller Härte zuschlägt. Strafen wie Aufenthaltsverbote werden schon im Vorfeld verhängt. Die Ermittlungsbehörden sagen ganz offen, daß sie Akten über Akten haben, aus denen sie ihre Erkenntnisse ziehen. Auch wenn bestimmte Daten die rein rechtlich längst gelöscht hätten sein müssen, sind sie es ganz offensichtlich nicht wirklich. Die neue Qualität besteht darin, daß noch vor nicht all zu langer Zeit seitens der Polizei immer versucht wurde, solche Speicherwut zu vertuschen, zum jetzigen Zeitpunkt haben Behörden solche Vertuschungsversuche gar nicht mehr nötig, sondern können ganz offen dazu stehen, gegen eigene Gesetze zu verstoßen. Jegliche Kontrollmöglichkeiten durch die Zivilgesellschaft werden immer mehr beschnitten. Was aktuell zu beobachten ist, ist das schnelle Voranschreiten in einen Polizeistaat.

Scheinbar möchte das Bundesland Brandenburg eine Vorreiterrolle übernehmen. Nicht erst nachdem der Hardliner Schönbohm in Brandenburg das Innenministerium unter seinen Befehl gestellt hat, sind diese Tendenzen vorhanden. Schon bei der ersten Polizeigesetzänderung 1996 war deutlich, wohin es gehen soll. Sind zum damaligen Zeitpunkt bestimmte Sachen, wie Aufenthaltsverbote, Videoüberwachung, Todesschuß noch nicht durch die Instanzen gekommen, hat die letzte Änderung all diese polizeistaatlichen Mittel erfolgreich in das Gesetz übernommen. Es bleibt abzuwarten, welche Schritte als nächstes auf

"Widerständische" zukommen mögen. Vielleicht werden bestimmte Personen in Zukunft vor bestimmten Ereignissen zu "Hausarrest" verurteilt oder müssen sich gleich in der nächsten JVA melden.

Dennoch, Widerstand ist machbar, Frau Nachbar. Einschüchterungsversuche, wie die Briefe oder die Kripo-Besuche dürfen nicht zur Lähmung von Widerstand führen. Oftmals steht genau dies aber als einziger Antrieb der Behörden im Vordergrund. Getreu dem Motto: "Wenn wir sie nicht verurteilen und in den Knast stecken können, dann können wir ihnen aber damit Angst machen und sie so lähmen!"

Doch pah. Widerstand läßt sich weder einsperren, noch durch Briefe verhindern.

No justice! No peace!

5. Von Fahrzeugkontrollen bis Residenzpflicht

Fahrzeugkontrollen

Seit Anfang Mai wird in Brandenburg wie mittlerweile überall in der BRD dem gesteigerten Sicherheitsbedürfnis der men in green Rechnung getragen. Das bedeutet, daß Fahrzeugkontrollen mit gezogener Waffe vorgenommen werden. Es ist davon auszugehen, daß die Anzahl im Dienst getöteter Cops kaum, die Anzahl „versehentlich“ von der Polizei erschossener Menschen dagegen deutlich steigen wird. Wir empfehlen: keine hastigen Bewegungen, Hände auf dem Lenkrad/Armaturenbrett lassen und gaaanz ruhig mit den Beamten sprechen.

Postverschwinden

Eine der Begründungen, warum die Stasi ein menschenverachtender Verein gewesen sei, geht ungefähr so: Wenn die heldenhaft gegen den Totalitarismus Widerstand leistenden Osis mal in Form von Westpaketen materielle Unterstützung aus „dem besten deutschen Staat aller Zeiten“ erhielten, öffnete die Stasi alle Pakete, um evt. umstürzlerische Schriften zu entdecken. Dadurch wurde erst der Eduscho-Kaffe und anschließend die Laune der Empfänger verdorben. Weil das totalitär, menschenverachtend und schwer stalinistisch gewesen sei, gab es so etwas nur in der DDR, während im Rechtsstaat BRD die Post stets ungeöffnet den Empfänger erreicht. In Brandenburg nimmt man das offensichtlich nicht so genau. Diverse linke Gruppen aus dem Land Brandenburg haben in den letzten zwei, drei Jahren immer wieder Probleme mit ihrer Post gehabt. Briefe, die geöffnet ankommen, auf dem Weg verschollene Post, sind Normalität in Brandenburg. Schwerpunktmäßig ist davon auch die Rote Hilfe betroffen, was daran liegen könnte, daß ein überproportional großer Teil unserer Arbeit mit der Erzeugung von Briefverkehr verbunden ist. Höhepunkt ist das Abfangen einer großen Anzahl von Rote-Hilfe-Zeitungen vor einigen Wochen. Unklar ist, warum staatliche Stellen sich derartige Mühen machen. Der Erkenntnisgewinn dürfte gering sein und die Befürchtung, daß es in Brandenburg Linksradikale gebe, die in der Lage wären, die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Land Brandenburg oder der BRD in ihrem Bestand zu gefährden, entbehrt ja leider jeder Grundlage.

Gentests

Der Mord an einem Kind aus einer Brandenburger Kleinstadt brachte Schönbohm und Konsorten dazu, den noch schnelleren und umfassenderen Aufbau von Datenbanken mit dem genetischen Fingerabdruck möglichst vieler Straftäter zu fordern. Innerhalb weniger Tage verlor die öffentliche Debatte auch die letzten losen Kontakte zur Realität. Vorgeschlagen wurde, den genetischen Fingerabdruck mindestens aller Männer, wenn nicht gar gleich der Gesamtbevölkerung, von Geburt an in einer großen Datenbank zu erfassen. Damit wäre angeblich künftig jeder Täter sofort gefunden, alle Probleme gelöst und es würde nie wieder ein Kind von „perversen Monstern“ getötet werden. Abgesehen davon, daß hier das Bild vom geborenen Kriminellen wieder fröhliche Urstände feiert, daß das Stellen von Menschen unter einen derartigen Generalsverdacht Menschenrechte verletzt, geht kein Experte wirklich davon aus, durch diese Speicherung Straftaten verhindern zu können. Gesetzliche Grundlage für das Sammeln genetischer Daten ist das DNA-Identitätsfeststellungsgesetz. Insbesondere Strafgefangene

werden in letzter Zeit gezwungen, Speichelproben abzugeben, um ihren genetischen Fingerabdruck zu speichern. Die meisten Betroffenen sind im übrigen wegen Eigentumsdelikten verurteilt worden. Zur Abgabe von Proben wurden in letzter Zeit auch vermehrt radikale Linke gezwungen. Der technische Fortschritt bringt es mit sich, daß gentechnische Methoden in Zukunft häufiger von der Polizei angewandt werden sollen. Unter anderem sollen mit diesem Instrumentarium schwer aufklärbare militante linke Aktivitäten „bearbeitet“ werden. Immer häufiger werden wir in Ermittlungsverfahren damit konfrontiert sein, daß die Cops ein am Tatort gefundenes Haar, eine Zigarettenkippe oder ähnliches präsentieren und dann „Vergleichsmaterial“ besorgen wollen. Sollten Euch derartige Fälle in Brandenburg bekannt werden oder ihr gar selber betroffen sein, setzt Euch bitte unbedingt mit der RH-Ortsgruppe in Potsdam in Verbindung.

BGS

Brandenburg verfügt über das größte Stück der deutsch-polnischen Grenze, der derzeitigen Außengrenze der Festung Europa. Dafür, daß diese Grenze mit dem weltweit größten Wohlstandsgefälle auch weiterhin undurchlässig für die Opfer der neuen Weltordnung bleibt, sorgt mit viel Engagement der BGS – die Polizei des Bundes. Neben einer breiten Palette von Fahndungs- und Überwachungstechnik bedient sich der BGS auch des rassistischen Ressentiments der Brandenburger Bevölkerung. Mit der Telefonnummer 0180-872656 steht rund um die Uhr eine Denunziations-Hotline bereit, bei der alle Verdächtigen, ergo undeutschen, Menschen gemeldet werden können. Es entbehrt aus diesem Grund nicht eines gewissen Zynismus, daß gerade eine Sondereinheit des BGS in Cottbus stationiert wurde, um den Kampf gegen den Rechtsextremismus zu unterstützen. Daß Leute, deren Kontakt mit Nichtdeutschen sich hauptsächlich auf die berufsmäßige Menschenjagd beschränkt, diese nun beschützen sollen, kann eigentlich nur ein schlechter Scherz sein. Daß, wie zu erwarten, die BGSler ihr Berufsethos nicht plötzlich über Bord werfen, konnte vor kurzem in Frankfurt/O. beobachtet werden, wo genau diese BGS-Einheit sehr engagiert ein „Mahnfeuer“ der NPD gegen Störversuche linker ChaotInnen abschirmte.

Residenzpflicht

Die Verweigerung des Grundrechts auf Freizügigkeit ist eine der skandalösesten der rassistischen Maßnahmen, mit denen AsylbewerberInnen in der BRD schikaniert werden. Seit 1982 dürfen AsylbewerberInnen den Landkreis, dem sie zugewiesen wurden, nicht verlassen. Damit wird u.a. jeglicher Selbstorganisation der AsylbewerberInnen ein Stein in den Weg gelegt. Dagegen protestieren jetzt die Betroffenen. Verschiedene Gruppen von AsylbewerberInnen versuchen gemeinsam, die Residenzpflicht zu Fall zu bringen. Bisheriger Höhepunkt war ein mehrtägiges Camp und eine große Demonstration Mitte Mai in Berlin. Diese Aktivitäten kosten natürlich Geld, welches AsylbewerberInnen kaum aufbringen können. Deswegen sind Spenden auf das Konto 0231633905, bei der Postbank Leipzig, BLZ 86010090, Kennwort: „Berlin Residenzpflicht Protest“ sehr willkommen.

★ EA Potsdam ★

c/o B.L.A. e.V.

Clara-Zetkin-Str. 17

14471 Potsdam

Tel.: 03 31 / 9 51 07 14

E-Mail: anna-und-artur@gmx.de

6. Anquatschversuch in Potsdam durch den Verfassungsschutz

Am Dienstag, dem 23. Januar 2001, gab es in Potsdam einen neuerlichen Anquatschversuch durch eine Person, die sich als Mitarbeiter vom Verfassungsschutz Köln vorstellte. Angesprochen wurde ein langjährig aktiver Genosse aus Potsdam, der HausbesetzerInnenszene angehört.

Am besagten Tag hat sich besagter Mensch mit dem Fahrrad in der Innenstadt befunden. Als er zufälligerweise absteigen musste, kam eine Person auf ihn zu, die ihn mit vollem Namen ansprach und sich als ein Herr Kloppstock vom VS

Köln ausgab. Der ca. 35-jährige Mann war mit einem olivgrünen Parka und einer schwarzen Wollmütze bekleidet. Der schmale und ca. 180-185 cm große Mann wollte den Genossen in ein Café einladen. Auf die Frage, warum und woher er denn den Namen wisse, gab der Schnüffler an, dass er sich doch über die Rechtsradikalen unterhalten wolle und den Namen hätte er, weil er viel lese und so einiges höre, in Potsdam und auch in Berlin. Die sofortige Weiterführung des Gespräches wurde vom Angesprochenen abgelehnt, statt dessen wurde ein Treffen in der darauf folgenden Woche vereinbart (Mittwoch, 31.01.01); den Ort und den Zeitpunkt nannte der Mann vom VS.

Nach langen Diskussionen mit anderen GenossInnen wurde gemeinsam beschlossen, das Treffen wahrzunehmen und zu beobachten, um vom VS-ler Fotos machen zu können. Nach mindestens 30 min ist die Aktion aber dann von der Gruppe abgebrochen worden, da niemand auftauchte, um einen erneuten Anquatschversuch zu unternehmen. Zurückgekehrt in einer Wohnung von GenossInnen, wurde nachgedacht ob und warum der VS sich nicht mehr hat blicken lassen.

Nach einer gewissen Zeit verließ jemand das Haus und fand einen Briefumschlag mit Paketklebeband an der Tür befestigt, auf dem der Name des angesprochenen Genossen stand. Im Umschlag fand sich ein kariertes DIN-A5-Zettel mit folgender Aufschrift (handschriftlich):

"Wir wollten doch ungestört miteinander reden"

Das gesamte Szenario lässt im Schluss vermuten, dass eine längere Observation nicht nur des angesprochenen Genossen stattgefunden hat und dass das Treffen, was ja dann nicht zustande kam, ebenfalls überwacht wurde.

Diese Sache wird öffentlich, weil das eine Möglichkeit ist, sich gegen solche Vorgehensweisen des Verfassungsschutzes zu wehren.

Anna und Arthur halten´s Maul!
Verfassungsschutzspitzel verpisst euch!
Für die Abschaffung der Geheimdienste!
Solidarität ist eine Waffe!

Veröffentlicht durch
Ermittlungsausschusses Potsdam und Rote Hilfe e.V. Potsdam

7. Energisch gegen Rechtsextremismus ?

Unlängst beschlossen die Justizminister der neuen Bundesländer in Greifswald u.a. ein energisches Vorgehen gegen Rechtsextremismus. Zwei Beispiele aus dem westlichen Havelland zeigen, wie sehr die Justiz tatsächlich bemüht ist, gegen den braunen Ungeist vorzugehen.

Beispiel 1: Premnitz

Am 28.01.2000 betraten die Faschos Marcel Liß, David Liß, und Daniel Nieter (alle drei aus Döberitz) gegen 21.00 Uhr den Jugendclub in Premnitz. Es dauerte auch nicht lange, bis das Trio anfang, die anwesenden Gäste anzupöbeln und zu provozieren. Wenig später griff der angetrunkene Daniel Nieter dann den 38jährigen Peter W. an, indem er versuchte, diesen mit der Faust zu schlagen. Als Peter W. aber die Schläge abwehren konnte, da er Daniel Nieter körperlich deutlich überlegen war, griff der damals 18jährige David Liß eine Bierflasche vom Tresen und schlug sie Peter W. auf den Hinterkopf. Peter W. erlitt dabei eine Platzwunde am Kopf, aus der er stark blutete. Bei der danach eingetroffenen Polizei erstatteten beide „Parteien“ Anzeige wegen Körperverletzung. Peter W. wurde dann in die Notaufnahme nach Rathenow gefahren und dort ambulant behandelt (Wunde am Hinterkopf wurde genäht) .

Seitdem haben Marcel und David Liß sowie Daniel Nieter im Jugendclub Hausverbot.

Am gleichen Abend (gegen 22.30 Uhr) versuchten dann 20-25 Faschisten den Jugendclub zu „stürmen“. Das Auto eines Gastes des Clubs wurde von den Faschisten dabei massiv beschädigt (Scheinwerfer eingeschlagen...). Die herbeigerufene Polizei erteilte den Faschisten dann Platzverweise, denen die Faschos trotz massiver Proteste ihrerseits nachkamen. In den folgenden Wochen war der Club dann mehrmals das Ziel solcher „Racheakte“ der Faschos.

Am 28.03.2001 fand dann die Hauptverhandlung gegen David Liß wegen Körperverletzung vor dem Amtsgericht in Rathenow statt. Dabei drehten die Faschos D.Liß (Angeklagter) und Marcel Liß und Daniel Nieter (beide Zeugen) den Spieß um und erzählten dem Gericht ihre Version des Vorfalls. Wie schon so oft glaubten Staatsanwalt und Richterin den Faschos mehr als der anderen Seite und David Liß wurde freigesprochen. Das Urteil der Richterin lautete: Freispruch, da D.Liß angeblich aus Notwehr gehandelt hätte. Angeblich soll das Opfer dem Marcel Liß eine Zigarette im Auge ausgedrückt haben. Außer den drei Faschos konnte aber keiner der Zeugen dies bestätigen (auch das Personal im Club nicht)

Es wäre Peter W. auch unmöglich gewesen, dem Angeklagten die Zigarette ins Auge zu drücken, da Peter W. ja damit beschäftigt war, die Angriffe von Daniel N. abzuwehren. Außerdem stand ja D.Liß hinter Peter W., oder wie sonst hätte er diesem die Flasche auf den Hinterkopf schlagen können. Peter W. hätte dem Angeklagten die Zigarette ins Auge drücken müssen, als er mit dem Rücken zu diesem stand.

Außerdem wurden die Zeugen des Opfers und das Opfer selbst erst sehr viel später in den Gerichtssaal gerufen, obwohl alle vollständig anwesend waren. Die Verhandlung wurde einfach ohne sie begonnen (Sie wurden erst aufgerufen, nachdem sie das Gericht auf sich aufmerksam machten. Anscheinend hatte man sie „vergessen“).

Das Opfer plant gegen das Urteil vorzugehen. Es ist auch geplant, beim Gericht Beschwerde gegen dessen Verhandlungsführung einzulegen.

Beispiel 2: Rathenow

Am Montag, dem 15.05.2000, griffen die Faschos Michel Müller aus Groß Wudicke und Marcel Liß aus Döberitz gegen 20.00 Uhr in der Kleinen Hagenstraße Ecke Goethestraße, grundlos den vorbeifahrenden PKW des Geschädigten S. an, traten gegen die Karosserie und beschädigten die Windschutzscheibe.

Dann öffnete Marcel Liß die Tür des Beifahrers O., um diesen herauszuzerren. Doch O., der inzwischen ausgestiegen war, konnte den Angreifer überwältigen und in die Flucht schlagen.

Inzwischen versuchte der Fahrer S. in allgemeiner Panik, den beschädigten PKW weg zu fahren. Dabei fuhr er wohl auch gegen eine Hauswand.

Inzwischen trat der Marcel Liß wieder in das Geschehen und bedrohte mehrere Zeugen mit einer Zwillie, und auch der Michel Müller hatte sich inzwischen mit einer Spitzhacke bewaffnet und bedrohte damit ebenfalls einen Zeugen.

Zu dieser Zeit kam der später geschädigte B. zum Tatort, weil er auf die dortigen Handlungen aufmerksam wurde. Sofort wurde er von dem Michel Müller mit der Spitzhacke angegriffen und dadurch erheblich am Oberkörper verletzt.

Am Dienstag, dem 15.05.2001, fand dann die Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht in Rathenow gegen Michel Müller und Marcel Liß wegen gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung statt.

Der damalige Beifahrer O. sowie die Geschädigten S. und B. wurden während der Verhandlung als Zeugen vernommen und machten auch relativ klare und präzise Aussagen, in denen sie beide Angeklagten belasteten. Lediglich der eigentlich belanglose Fakt, daß S. mit seinem PKW wohl gegen eine Wand gefahren ist, wurde ausgelassen. Und genau deswegen wurden alle Belastungszeugen, obwohl lediglich der Fahrer S. zu diesem Zeitpunkt im PKW saß, als der Wagen gegen die Wand fuhr, von Staatsanwalt Schult pauschal für unglaubwürdig erklärt. Andere belastende Beweise, wie das ärztliche Attest des Geschädigten B., das Schadensgutachten des Geschädigten S. sowie die polizeilich festgestellten Handabdrücke der Angeklagten auf S.s PKW fielen zudem völlig unter den Tisch.

Der Staatsanwalt Schult forderte schließlich Freispruch, weil dieser Fall seiner Ansicht nach wieder so eine „rechts/links Sache“ wäre und der Angeklagte Liß ja auch geschädigt wurde (Als er versuchte, den Beifahrer O. aus dem Wagen zu zerren). Die gesamte Angelegenheit sei sowieso nur „Kinderkram“, so der Staatsanwalt Schult weiter, und riet beiden Parteien, man solle die „Sache doch unter sich ausmachen und nicht Gerichte und Anwälte damit belasten“.

Der vorsitzende Richter schloss sich der Forderung der Staatsanwaltschaft an und verkündete schließlich den Freispruch.

Das eigentlich Brisante an dem Verfahren war, dass der Angeklagte Müller zum Tatzeitpunkt auf Bewährung „draußen“ war. Er und weitere Faschos hatten am 25.10.1998 ebenfalls Personen, die in einem PKW saßen, angegriffen, wobei Müller mit einem Motorradhelm zuschlug. Am 29.07.1999 wurde er daraufhin zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten, ausgesetzt zu zwei Jahren auf Bewährung, verurteilt.

Die Bewährungsstrafe hielt ihn aber nicht davon ab, weitere Straftaten zu begehen. U.a. beleidigte er eine junge Frau am 07.04.2000 vor dem Jugendclub Premnitz in übelst sexistischer Weise, woraufhin er zu einer Geldstrafe von 750,00 DM verurteilt wurde und seine Bewährung verlängert wurde.

Nur wenige Wochen nach der Beleidigung folgte dann der oben geschilderte Fall, hier wurde gegen Müller Haftbefehl erlassen. Doch Antreten musste er die Haft nicht.

Stattdessen kam es zu weiteren Straftaten. U.a. überfielen der inzwischen Wehrdienst leistende Müller und weitere Personen am 24.02.2001 in Rathenow einen 23Jährigen, schlugen ihn zusammen und raubten ihn aus. Wiederum wurde Haftbefehl erlassen, wiederum kam er recht schnell wieder frei.

Solche Verfahren verdeutlichen nur all zu sehr, wie willig die Justiz derzeit ist, energisch gegen Rechtsextremismus vorzugehen. Die großen und vollmundigen Worte, die auf einer Justizministerkonferenz in Greifswald gesprochen wurden, sind hohle Phrasen wie eh und je. Der Kampf, der hier vom Staat gegen Rechts geführt werden soll, führt in erster Linie in die genau entgegengesetzte Richtung.

Nur wenn wir uns selber im Kampf gegen Rechts bemühen, haben wir die Chance, wirklich etwas an der derzeitigen Situation zu ändern. Deswegen wurde zumindest in dem Rathenower Fall von einem der Geschädigten selbst, mittels eines Anwaltes, Revision eingelegt.

Rote Hilfe Rathenow

8. Ermittlung wegen versuchten Totschlags

Rathenow. Am Samstag, dem 16.12.2000, wurden zwei Punks, die mit ihren beiden Freundinnen auf dem Nachhauseweg waren, am Schleusenplatz von zwei Faschos angegriffen. Infolge der Auseinandersetzung erlitt der Rechtsextremist Michael Kuhn mindestens eine Stichverletzung im Brustbereich und musste auf der Intensivstation behandelt werden. Daraufhin erstattete der andere Fascho sofort Anzeige wegen versuchten Totschlags bei der Polizei. Nur einige Stunden später wurden die beiden Punks als Tatverdächtige vorläufig festgenommen. Der Anzeigenerstatter hatte frecher Weise den Sachverhalt verdreht und angegeben, daß die Punks die Auseinandersetzung anfangen, obwohl er selber der war, der den ersten Schlag austeilte. Und auch der Geschädigte Michael Kuhn konnte kaum wirklich relevante Aussagen zur Tat abgeben. Er gab an, daß er große Erinnerungslücken habe und so nur unvollständige und lückenhafte Angaben zur Auseinandersetzung machen kann. Nicht einmal den angeblichen Messerstecher selber erkannte er auf einem der beiden Polaroidfotos, die unmittelbar nach der Festnahme von den beiden Punks gemacht wurden. Er (Kuhn) sei jedenfalls nur irgendwie in die Auseinandersetzung mit reingeraten, die zwischen seinem Begleiter und einem der Punks begann. Als er dann bemerkte, daß er verletzt war, rief Kuhn laut Zeugin mit den Worten: „Seid ihr noch in der KISTE?“, seinen Freund Schmidt an, der ihn später zur Rettungsstelle brachte. Abschließend gab er an, keinen Streit mit irgendwelchen Gruppierungen zu haben und keiner Szene in Rathenow anzugehören.

Natürlich verschwieg Kuhn aber, daß sein Freund Andreas Schmidt ein stadtbekannter und mehrfach verurteilter Nazischläger ist und sich zum Tatzeitpunkt im damaligen einschlägig rechten Szenetreffpunkt „KISTE“ aufhielt. Zudem waren Beide mit weiteren Rechtsextremisten zumindest 1995 und 1996 zu Himmelfahrt sowie 1998 zu Ostern an Angriffen gegen linke Jugendliche beteiligt.

Wir fordern deshalb die Einstellung der Verfahren gegen die beiden Punks, sowie Ermittlungen gegen die Faschos !

Rote Hilfe Rathenow

9. "GenossInnen - von hinter den Gittern melde ich mich bei Euch und bitte euch, diesen Text in einer nächsten Ausgabe zu publizieren"

In der Bundesrepublik Deutschland wird zur Zeit häufig über Faschismus debattiert und die Regierung brandmarkt populistisch den Nazismus und geriert sich als menschenfreundliche demokratische Institution.

Wie aber beispielsweise der Knastalltag zeigt, in faschistischen deutschen Anstalten wird der braune Mob vom Staat gefördert und belohnt.

Vor wenigen Wochen publizierte der Arbeitskreis Kritischer Strafvollzug (www.knast.net/aks) eine Studie mit dem Titel "Rechtsradikalismus im bundesdeutschen Strafvollzug" - pseudodemokratische Anstaltsschergen behaupten, sie würden konsequent gegen Nazis im Knast vorgehen. Das Gegenteil ist der Fall.

Nazis lassen sich Hakenkreuze tätowieren und tragen diese offen, manchmal ernten sie Augenzwinkern des Personals, manchmal nur Nichtachtung; Kritik aber unterbleibt. Nazis kleben sich Hitler und Hess Bilder an die Zellenwand; bei Kontrollen wird dies nicht beanstandet.

Als 2000 im Lager [Knast - Anm. d. Red.] in Baden-Württembergischen Bruchsal ein Schließer plötzlich eine Glatze trug und ich ihn fragte, ob er nun ein Skinhead sei, bejahte er diese Frage.

Hierauf wollte ich dem Verfassungsschutz einen Rechtsextremen Verdachtsfall melden; in einer konsternierten Aktion wurde dies vom Lagerleiter [Knast- - Anm. d. Red.] und seinem Gesinnungskameraden vom Landgericht Karlsruhe vereitelt. Das heißt offen faschistisch in Kampfstiefel und grüner Uniform auftretende Schließer werden von oben gedeckt.

Nazis werden in deutschen Lager [Knast - Anm. d. Red.]n überwiegend bevorzugt, erhalten beliebte Arbeiten, werden vom Personal mit faschistischer Literatur beliefert und werden für ihre Zucht und Ordnung belobigt. Ein besonderes Richter - Exemplar ist Herr Herbst vom Landgericht Berlin.

Sich offensichtlich an die NS - Tradition dieses Gerichts erinnernd, entschied er am 11.12.1998, Aktenzeichen 541 - Vollz. StVK 1259/98, dass ein faschistischer Gefangener natürlich seine NPD-Hetzblätter, Schriften und Aufnäher erhalten dürfe, da dies das "Grundrecht der Informationsfreiheit" fordere. Der zuständige Lagerleiter [Knast- - Anm. d. Red.] akzeptierte diesen Beschluss gerne! Der Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses Berlin lehnte es Anfang 2001 ab, auf meine Petition hin, gegen diesen Richter und den Lagerleiter [Knast - Anm. d. Red.] vorzugehen, da der Richter "Recht gesprochen" habe.

Dies sind nur wenige Beispiele aus dem realen Lageralltag [Knast- - Anm. d. Red.]. Selbstverständlich werden anarchistische und andere linke Gefangene schikaniert, ihnen werden politische Briefwechsel verboten (vgl. das Beispiel in der Roten-Hilfe-Zeitung 1/2001, Seite 25). Ich selbst sitze seit Jahren in strikter Isolation, werde nur gefesselt aus der Zelle geholt. Höhnisch ließ mir der Lagerleiter [Knast- - Anm. d. Red.] der JVA Bruchsal vor ein paar Wochen ausrichten, dass, solange ich den bewaffneten revolutionären Kampf befürworte, sich an der Isolation auch nichts ändere!

Tod dem Faschismus!
Kampf dem deutschen Regime!

Thomas Meyer-Falk, JVA Bruchsal, März 2001

(die Situation in Brandenburger Knästen, wo teilweise über 1/3 der inhaftierten dem rechtsextremen Milieu zuzuordnen sind, ist genauso beschissen und verlogen wie der ganze Staat. Die HNG hat aus Schwarze Pumpe geradezu eine Kadenschmiede gemacht, der „antifaschistische“ Staat sieht zu... [Anm. d. Red.])

10. Interview mit einem ehemaligen Gefangenen der JVA Brandenburg

Die Rote Hilfe in Rathenow betreute über Monate einen Gefangenen, der wegen einer Auseinandersetzung mit Faschos in der JVA Brandenburg/Havel in Untersuchungshaft gesessen hatte. Nach seiner Entlassung haben wir ihn zur Situation vor Ort interviewt:

RH: „Paul (Name geändert), wie müssen wir uns zunächst einmal den Ort vorstellen, in den sie

dich gesteckt hatten?“

Paul: „Die Untersuchungshaft in der JVA ist eine geschlossene Abteilung für sich. Zu meiner Zeit waren hier

ungefähr 110 Gefangene untergebracht.

Unser Traktleiter hieß Aßmann und hatte noch zwei Sekretäre, eine Frau Fischer und einen Herr Schulz.

Unter ihnen waren dann pro Schicht ungefähr acht Wärter. Insgesamt gab es drei Schichten, die erste

von 6-14 Uhr, die zweite von 14 –22 Uhr und die letzte von 22 Uhr bis wiederum 6 Uhr. Am

Wochenende waren hier deutlich weniger Wärter: Tagsüber höchstens 5- 6 und nachts zwei.“

RH: „Und wie sah deine Zelle aus?“

Paul: „Die Zelle war in zwei Räume unterteilt. Da war zunächst mal der allgemeine Aufenthalts- und

Schlafrum und zum anderen der Sanitärraum.

Der Aufenthalts- und Schlafrum war höchstens 29 qm groß. In ihm standen jeweils an den Wänden

vier Betten, vier Schränke und zwei kleine Tische sowie in der Mitte ein großer Tisch mit vier Stühlen.

Mein Bett war ein Eisengestell mit einer Sperrholzplatte als Boden. Darüber lag dann eine

Schaumgummimatratze und dann hatte ich noch eine Steppdecke zum zudecken.

Doch gerade im Winter, als ich einsaß, war es hier immer sehr kalt. Wir hatten zwar in unserem Zimmer

eine Heizung, doch die befand sich unter dem einzigen Fenster, das zu dem noch undicht war.

Technische Geräte wie Radios oder Fernseher konnten sich die Gefangenen selber mitbringen. Wenn

jemand nun aber solch ein Gerät mitbrachte, wurde es zunächst von den Wärtern total

auseinandergenommen und anschließend wieder zusammengebaut, was ungefähr 15,- DM kostete.

Doch zurück zur Zelle. Insgesamt machte diese einen recht trostlosen Eindruck: Der Putz fiel von den

Wänden, es gab keine Gardinen, keinen Teppich nur den blanken Stein.

Noch schlimmer sah bzw. roch es im ungefähr 6 qm großen Sanitärraum. Aufgrund der alten Rohre und

Toilette hat es dort immer gestunken.

RH: „Das sind ja grausige Zustände. Wie sah denn da eigentlich eure Verpflegung aus?“

Paul: „Insgesamt war die Verpflegung recht karg.

Frühstück: zwei trockene Brötchen

Mittag: zum einen oft wässrige Suppen zum anderen kleinere Portionen Kartoffeln, Gemüse und Fleisch

Abendbrot: zwei Scheiben Schwarzbrot, Butter und ungefähr 50-120 g Wurst

Sonnabends gab es dann oftmals noch eine Tomate oder eine Zwiebel.

RH: „Gab es denn auch was zu trinken?“

Paul: „Zweimal in der Woche gab es Milch, meistens Dienstag und Donnerstag. Ansonsten hatten wir im

stinkenden Sanitärraum noch drei Waschbecken mit Leitungshähnen, wo wir Wasser trinken konnten.“

RH: „Hattet ihr denn auch die Möglichkeit euch noch zusätzlich irgendwas zu kaufen?“

Paul: „Es war zunächst einmal in der Woche möglich, zusätzliche Dinge wie Kaffee, Tee, Milch und sonstige

Getränke sowie Wurst, Schokolade, Toastbrot etc. einzukaufen. Obst oder Gemüse gab es jedoch nicht.“

RH: „Was heißt zunächst?“

Paul: „Nun ja, der Einkauf einmal in der Woche war der Anstalt anscheinend zuviel und so konnten wir nur noch alle zwei Wochen einkaufen.“

RH: „Und wie habt ihr diese neue Regelung aufgenommen?“

Paul: „Es verbreitete sich eine regelrechte Mißstimmung unter den Gefangenen.“

RH: „Gab es Gegenaktivitäten?“

Paul: „Ja! Jemand hat ein Beschwerdeschreiben fertiggemacht und zum Traktleiter gebracht, in dem auch mit

Hungerstreik gedroht wurde. 51 der 110 Gefangenen unterschrieben dies.“

RH: „Und was passierte?“

Paul: „Nach einer Woche Bedenkzeit, wurde unsere Forderung nicht erfüllt. Daraufhin traten dann 31 Gefangene für einen Tag in den Hungerstreik. Dieser brachte aber nichts - im Gegenteil, manche Leute wurden dann verlegt.“

RH: „Was waren dort überhaupt für Leute?“

Paul: „In dem U-Haft-Trakt, wo ich eingesperrt war, saßen Leute wegen Diebstahl, Geldfälschung, Körperverletzung, Raub und schweren Raub.“

RH: „Gab es dort auch Faschos?“

Paul: „Oh ja, einige von denen kamen sogar aus Rathenow, dies waren der Mario Knudsen und der Jan Danowski. Des weiteren tat sich ein Nagora aus Belzig sehr hervor.“

RH: „Wie haben die sich dir gegenüber verhalten?“

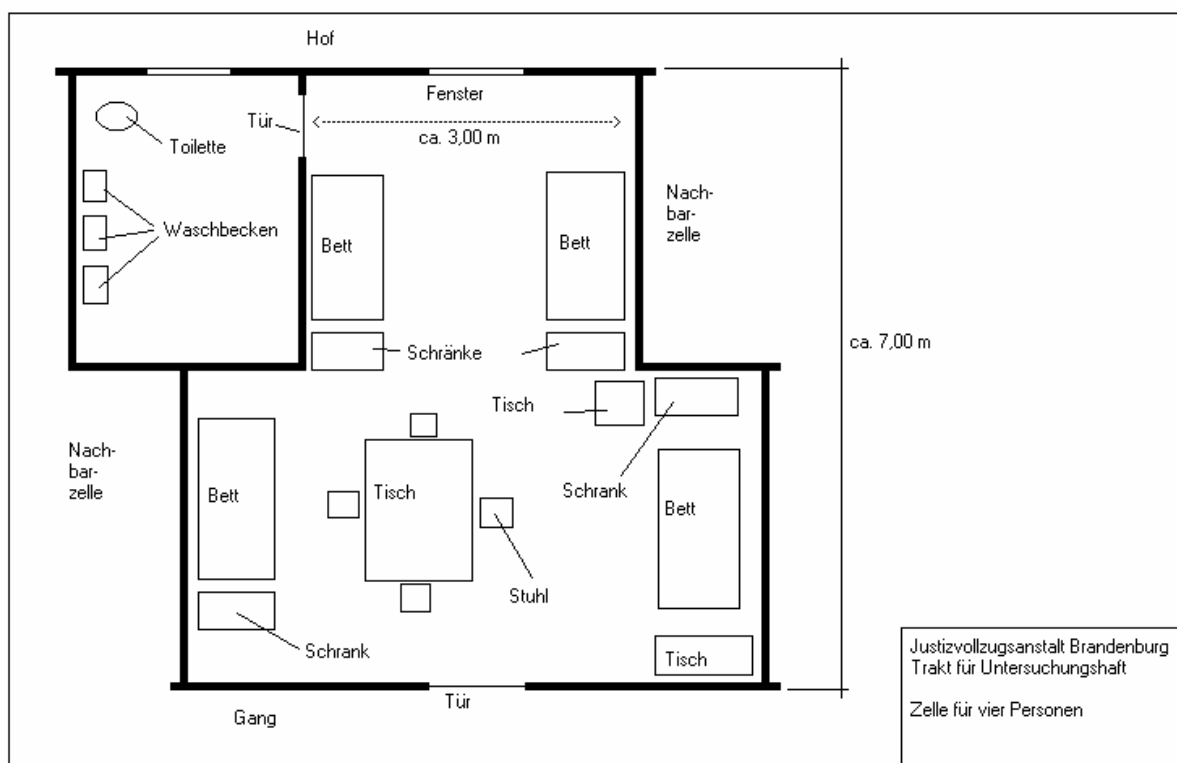
Paul: „Die Faschos und hier vor allem Nagora haben mich fast jeden Tag wegen meines Haarschnittes (Iro) bedroht. Einmal bestellte mir Nagora, der zur Essensvergabe eingeteilt war, von Knudsen, das ich zum Hofgang kommen und eine Decke mitbringen soll, da ich länger liegen bleiben werde.

So konnte ich die ersten 4 ½ Monate keinen Hofgang wahrnehmen. Erst als ein Teil der Faschos verlegt wurden, war es möglich für 1 Stunde (von 9.00 – 10.00 Uhr) auf den Hof zu gehen.“

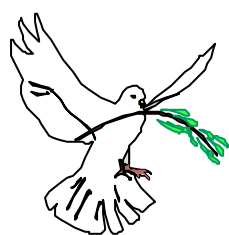
RH: „Wie hat sich eigentlich die Anstalts – bzw. die Traktleitung zu den Faschoaktivitäten verhalten?“

Paul: „Ich hatte den Eindruck, daß die Faschos dort machen konnten, was sie wollten. Der Nagora hat z.B. eine Musikanlage auf seinem Zimmer, mit der u.a. indizierte Tonträger der Musikgruppen „Zillertaler Türkenjäger“, „Proissenheads“ etc. extrem laut abspielte. Dies konnte ich hören, weil seine Zelle ein Fenster zum Hof hatte, was stets geöffnet war.

Einmal habe ich auch gehört wie der Traktleiter Aßmann zu Nagora sagte, er (Nagora) solle mich umerziehen. Der Nagora wird dort anscheinend als selbsternannter Chef der Gefangenen akzeptiert. Er sitzt auch nicht in U – Haft so wie ich, sondern ist als Verurteilter im geschlossenen Vollzug. Als „Hausmeister“ ist er aber oft im U-Haftbereich.



Kontaktadresse Rathenow



Potsdamer Friedenskoordination



gegen Militarismus, Rassismus und Krieg

Potsdam, Mai 2001

Die Potsdamer Friedenskoordination definiert sich als Personenbündnis von Vertretern verschiedener linker Gruppierungen und Einzelpersonen aus dem Raum Potsdam, die sich zur Aufgabe gemacht haben, das zunehmende Großmachtstreben Deutschlands und die als harmlos dargestellte NATO-Politik unter dem Diktat der USA zu thematisieren und die Bevölkerung für die wachsenden Gefahren, welche vom Einsatz der sogenannten Krisenreaktionskräfte und der Bundeswehrreform ausgehen, zu sensibilisieren. Unser besonderes Augenmerk wird deshalb derzeit auf die bundesweite Kampagne

des Kasseler Friedensratschlags „ Kriege verhindern – Einsatzkräfte auflösen“ gerichtet.

Der NATO-Überfall auf Jugoslawien im März 1999 ist für uns ein untrügliches Zeichen der grenzenlosen Gier und des menschenverachtenden Vernichtungstrebens der angeblichen Verteidiger der Menschenrechte. Ihre zukünftigen Kriege werden heute vorbereitet.

Nach unserer Auffassung besteht ein enger Zusammenhang zwischen der aggressiven Politik nach Außen und der Errichtung einer „Festung Europa“, dem staatlichen Rassismus im Innern gegen Flüchtlinge und Migranten. Wir treten ein für Frieden und Völkerverständigung, für internationale Solidarität und für den Aufbau einer gerechten Weltordnung.

Kontaktadresse: Potsdamer Friedenskoordination
Postfach 60 05 35
14405 Potsdam

Internet/e-mail: mkx-potsdam@t-online.de www.friko-potsdam.freidenker.org

12. Chiapas: Frieden wieder in weiter Ferne Schwierige Zeiten für die Zapatistas

Von Jan Klein, San Christobal de las Casas, Chiapas, 17.5.01 janklein@altavista.com

Mit der Verabschiedung der "Reforma Indigena" haben sich die Aussichten auf Fortschritte im Friedensprozeß wieder verschlechtert.

Ein Artikel über aktuelle Entwicklungen und alte Hintergründe des Konflikts.

Noch vor Kurzem schien es, als sei eine friedliche Lösung des Konfliktes in Chiapas in greifbare Nähe gerückt. Die Verabschiedung der "Reforma Indigena" jedoch bedeutet einen schweren Rückschlag für den Friedensprozess.

Mit dem bewaffneten Aufstand zehntausender Indigenas machte die EZLN am 1. Januar 1994 den mexikanischen Bundesstaat Chiapas weltbekannt und rückte die katastrophale Lebenssituation der indigenen Bevölkerung ins Rampenlicht der Aufmerksamkeit. Nicht nur ihre Forderungen nach "Demokratie, Gerechtigkeit, Freiheit" waren es, die ihnen eine Welle der Sympathie und Solidarität im In- und Ausland einbrachte, sondern auch ihr Selbstverständnis, das sie deutlich von den orthodoxen Guerillagruppen Lateinamerikas unterscheidet. So ist ihr Ziel nicht die Machtübernahme im Staat, so ziehen die Zapatisten seit Jahren die Worte den Waffen vor, setzen auf die Organisation und Mobilisation ziviler Gruppen anstelle eines Kleinkrieges mit der mexikanischen Armee, die seit Jahren weite Teile von Chiapas faktisch besetzt hält. Seit Jahren widerstehen die Zapatisten einem "Krieg niederer Intensität", ausgeübt von Militär, Polizei und paramilitärischen Gruppen, der sich besonders gegen die BewohnerInnen der 42 "autonomen Landkreise" richtet und seit 1997 mehrere hundert Tote gefordert hat. Eine generelle Unsicherheit der Bevölkerung und über 10000 Flüchtlinge in der Region waren die Folge.

3 Signale

Den neuen Präsidenten Mexikos, Vincente Fox Quesadilla, begrüßte die EZLN am Tage seines Amtsantritts mit einem Kommuniqué, in dem sie von der Regierung drei Signale forderte, um die Friedensverhandlungen, die 1996 ausgesetzt wurden, wieder aufzunehmen. Diese bestehen in der Freilassung der zapatistischen politischen Gefangenen, dem Abzug des Militärs von sieben Positionen und der Umsetzung der Vereinbarungen von San Andrés. Diese Vereinbarungen über die Rechte, Kultur und Autonomie der indigenen Gemeinden waren das Ergebnis der ersten Runde der Verhandlungen. Sie wurden im Januar 1996 von beiden Seiten unterzeichnet, von der Regierung aber nie umgesetzt. Zwei der drei Signale scheinen inzwischen weitgehend erfüllt: Die sieben Militärlager sind geräumt, wenn auch die Einheiten den Bundesstaat nicht verlassen haben, sondern sich, oft nur wenige Kilometer entfernt, in der nächstgelegenen Position eingerichtet haben. Von den einst 112 Gefangenen befinden sich höchstens noch vier in den Gefängnissen und Regierungsvertreter versichern, an deren Freilassung werde gearbeitet.

"Der Marsch der indigenen Würde"

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen und sie vor einer breiten Öffentlichkeit zu begründen, startete die Kommandatur der EZLN am 24. Februar 2001 ihre Karawane nach Mexico-Stadt. Innerhalb von zwei Wochen reisten die 24 Männer und Frauen durch 12 Bundesstaaten Mexikos, begleitet von tausenden VertreterInnen der mexikanischen und internationalen Zivilgesellschaft. Dieser Marsch entwickelte sich zum größten Propagandaerfolg der zapatistischen Bewegung seit 1994. Abgesehen vom gewaltigen Medienecho, das diese Aktion hervorrief, nahmen hunderttausende Menschen an den Versammlungen in unzähligen Städten teil. Es heisst, daß der Auftritt der Commandancia an jedem einzelnen Punkt zu der einer der größten Ansammlungen von Menschen in der Geschichte der jeweiligen Stadt geführt habe.

"Während dieser zwei Wochen entwickelte sich der Marsch der ZapatistInnen zu einem grossartigen Schmelztiegel, in welchem die verschiedensten Stimmen und Farben, Sprachen und Rassen (Scheißwort d. Abschreiber) zusammenflossen, zusammengerufen und bestimmt durch den Aufschrei der am meisten aus der mexikanischen Gesellschaft ausgegrenzten: der indigenen Bevölkerung. Die Menschen begaben sich zu den Versammlungen der ZapatistInnen, um die KommandantInnen zu hören, aber auch, um ihnen ihre eigenen Sorgen und Hoffnungen mitzuteilen und sie darum zu bitten, ihre Forderungen ins Zentrum der mexikanischen politischen Macht zu tragen." (zitiert nach SIPAZ, Servicio Internacional para la Paz)

Eine wichtige Station des Marsches war die Teilnahme der ZapatistInnen am 3. Nationalen Kongress der Indigenas (CNI), in dem 42 indigene Völker aus 27 Staaten Mexikos vertreten sind. Mit überwältigender Einmütigkeit schlossen sich die über 3000 Delegierten den Forderungen der EZLN an und beschlossen, den Marsch nach Mexiko-Stadt zu begleiten.

Der Marsch gipfelte im Empfang der ZapatistInnen auf dem Hauptplatz von Mexiko-Stadt durch über 200.000 Menschen, und zwei Wochen später, nach hartem politischen Ringen, im Auftritt mehrerer KommandantInnen und anderer VertreterInnen indigener Gruppen vor dem Kongress, über Stunden live übertragen von Radio und Fernsehen.

Nach der Rückkehr nach Chiapas resümierte Subcommandante Marcos, als Sprecher der EZLN: "Heute ist der Dialog näher und die Konfrontation weiter entfernt."

Die Reforma Indigena: der große Rückschritt

Ende April verabschiedeten Kongreß und Senat der mexikanischen Republik im Eildurchgang eine Gesetzesreform über die indigenen Rechte und Kultur. In wichtigen Punkten allerdings ist dieses Gesetz weit entfernt von den Vereinbarungen von San Andrés. Noch am Tag der Verabschiedung erfolgte die Antwort des CNI, in der der Nationale Kongreß der Indigenas diese Reform zurückwies und klarstellte, daß das Gesetz in substantielle Teile der ursprünglichen Vereinbarungen eliminiere: "...Die Anerkennung der indigenen Gemeinschaften als juristische Personen, die Anerkennung der indigenen Territorien, die kollektive Nutzung ... der natürlichen Ressourcen, die sich in ihren Territorien befinden und die Möglichkeit des Zusammenschlusses von indigenen Gemeinden und Landkreisen." Während Präsident Fox das Gesetz als "historischen Beschluss" und "Ende des bewaffneten Konfliktes" lobte, erklärte die EZLN, mit diesem "Gesetz der Großgrundbesitzer und Rassisten" habe die Regierung selbst den Dialog abgebrochen. Sie suspendierte die bestehenden Kontakte und betonte, sie werde weiter im Widerstand bleiben. Auch sonst fehlt es nicht an harschen Worten für diese Reform. Der Gouverneur des Bundesstaates Oaxaca, obwohl selbst Mitglied der ehemaligen Staatspartei PRI, die nicht gerade auf der Seite der Zapatisten steht und im Kongreß für das Gesetz gestimmt hat, erklärte, das Gesetz sei "ausschließend, rassistisch, paternalistisch, klassistisch und diskriminierend." Er sei sich sicher, daß die Reform in Oaxaca nicht angenommen werde. Die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú Tum sagte, es sei "lau, schwach und entferne die Essenz des ursprünglichen Entwurfs". In verschiedenen Kommentaren wird das Gesetz als "Verrat" oder "Witz" bezeichnet. Ein Sprecher des CNI: "Der Frieden ist jetzt weiter entfernt als jemals zuvor." BeobachterInnen, die aus den indigenen Gemeinden zurückkommen, berichten daß dort die Hoffnung, die während des Marsches der Kommandatur nach Mexiko-Stadt vorgeherrscht hat, nun einer tiefen Enttäuschung und Wut gewichen ist. Die Stimmung dort wird als sehr angespannt beschrieben. Um entgültig Gesetzesrang zu erlangen, muss die Reform noch von den Parlamenten der einzelnen Bundesstaaten abgesegnet werden. Der CNI und ein breites Bündnis von Organisationen haben daher eine Reihe von Aktionen angekündigt, um die regionalen Parlamente zur Ablehnung des Gesetzes zu bringen.

Chiapas: Zu reich für indigene Rechte?

In der Tat sieht sich die zapatistische Bewegung einer Verflechtung von Interessen gegenüber, die einem wirklichen Frieden im Wege stehen. Da sind auf der einen Seite die Interessen der grossen Landbesitzer, die bis

heute von den kolonialen Strukturen profitieren, und die sich bis zum Aufstand der Zapatistas als unumschränkte und unhinterfragte Herren von Land und Leuten fühlen konnten. Sie haben in der erzkonservativen Regierungspartei PAN (Partei Nationale Aktion) einen starken Verbündeten. Zum anderen sind es multinationale Konzerne, die an der Ausbeutung der reichhaltigen Ressourcen Chiapas' interessiert sind, und mit Vincente Fox als Verfechter des Neoliberalismus einen starken Fürsprecher haben. Durch ein gigantisches Investitionsprogramm unter dem Namen "Puebla-Panama" soll der Süden Mexikos für den internationalen Markt erschlossen werden, um Öl, Mineralien, Wasser, Elektrizität, landwirtschaftliche Exportprodukte, billige Arbeitskraft und genetisches Material für die Biotechnologie zu liefern. Beide Interessensgruppen sind daher "natürliche" Gegner einer Stärkung der Rechte der indigenen Bevölkerung, und es wird sich noch zeigen müssen, ob der öffentliche Druck ausreichend sein wird, um die grundlegenden Rechte der indigenen Gemeinschaften gegenüber der Macht des großen Geldes und der traditionellen Herren durchzusetzen.

Fox und der Frieden

Es ist mehr als zweifelhaft, ob die Regierung ein wirkliches Interesse an einer Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen hat. Denn bei einer Fortführung des Dialoges von San Andrés käme viel mehr auf den Tisch als nur die lokalen Ursachen des Konfliktes. Gemäß ihrem Motto: "Für Alle Alles, Nichts für uns" hat die EZLN schon damals über Fragen von Demokratie, Gerechtigkeit, Gesundheit, Bildung, Landrechte und Rechte der Frauen im nationalen Rahmen diskutiert und dabei hunderte von Guppen und Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft eingebunden. Daß Vincente Fox dies fortsetzen will, ist kaum vorstellbar. Seine Vorstellungen vom Frieden dürften mit "Ruhe und ein gutes Investitionsklima" passend umschrieben sein, seine Vorstellung von Politik beschränkt sich anscheinend weitgehend auf Fragen des Marketings. Es ist allerdings unübersehbar, daß dieses Marketing einigen Erfolg zeigt. Die Aufforderung der Europäischen Union an die EZLN, das "konstruktive Angebot" des Präsidenten anzunehmen, und den Dialog wiederaufzunehmen, ist das jüngste Beispiel dafür, und von Vertretern der Regierung enthusiastisch aufgenommen worden.

Das Militär macht Druck

Im Gegensatz zu den allgemeinen Friedensbeteuerungen sind in den letzten Wochen starke Militärbewegungen in mehreren Regionen des Konfliktgebietes zu beobachten gewesen. In der Nähe von La Realidad, besetzte die mexikanische Armee die Ortschaft Amparo Aguatintas, andernorts wurden Artilleriegeschütze in einen Militärstützpunkt gebracht und insgesamt ist eine Zunahme der Patrouillen zu beobachten, die seit Anfang des Jahres fast komplett ausgesetzt waren. In einer zapatistischen Gemeinde an der Laguna Miramar, einem Gebiet des Ökotourismus, wurden zwei Ausländerinnen überfallen, vermutlich von Paramilitärs, zwei Stunden lang mißhandelt und vergewaltigt. Ihre Peiniger kommentierten dies mit den Worten: "Wir haben Krieg. Wir wollen keine Fremden hier."

Die Entwicklung der letzten Wochen zeigt, daß der Konflikt in Chiapas noch weit von einer Lösung entfernt ist.

In den kommenden Wochen und Monaten wird sich zeigen müssen, ob der CNI und die zapatistische Bewegung genügend Stärke entwickeln, um die Regierung zu einem Einlenken zu bringen. Eine wichtige Rolle wird dabei auch die internationale Öffentlichkeit spielen, je nachdem, ob sie der Propaganda der mexikanischen Regierung Glauben schenkt, oder ob genügend Menschen bereit sind, genauer hinzusehen und im Sinne der indigenen Bevölkerung ihre Stimme zu erheben.

Für weitere Informationen bzw. die Teilnahme an internationalen Kampagnen: www.chiapas.indymedia.org
www.sipaz.org

DER ZAPATISTISCHE MARSCH FÜR DIE INDIGENE WÜRDE.

Eine Auswahl von Communiqués der EZLN.
Dezember 2000 bis April 2001

60 Seiten mit 24 Abbildungen im Text. Ringheft.

SFr. 15.- / DM 18.- (zuzügl. Versand)

WIEDERVERKAUFSPREISE AUF ANFRAGE.
BEZAHLUNG IM AUSLAND: VORKASSE.

13. „Plan Colombia“ oder der Versuch eines größeren Krieges in Südamerika

Über 2 Jahre dauern nun schon die Verhandlungen zwischen der Kolumbianischen Regierung und der FARC - dem größten Teil der sozialen Aufstandsbewegung – um eine nachhaltige Lösung der Ursachen des Jahrzehnte andauernden Bürgerkrieges in Kolumbien, Frieden und soziale Gerechtigkeit zu erwirken.

Die USA sehen ihre Interessen, ebenso wie die europäische Staatengemeinschaft, in Lateinamerika bedroht und fürchten ein Verhandlungsergebnis, in dem Kolumbien seinen neoliberalen Wirtschaftskurs deutlich revidieren müsste. Hinzu kommen die wachsenden Aktivitäten paramilitärischer Gruppen, an deren Gründung und Massakern an der Zivilbevölkerung die Armee meist beteiligt ist. Das Massaker von Mapirian fand sogar unter indirekter Beteiligung von US-Militärs statt. Die Zahl der Toten und Massakrierten steigt auf Hunderte jede Woche! Am schlimmsten betroffen ist die indigene, bäuerliche und afrokolumbianische Bevölkerung, aber auch alle anderen, die sich in sozialen Oppositionsgruppen engagieren, Verbindungen zur Guerilla haben, oder auch nur dessen verdächtigt werden. Erst am 15. Mai 01 haben Todesschwadronen in Casanare über 200 Menschen entführt und brutalen Verhören unterzogen.

Unter dem Vorwand der Entwicklung und Drogenbekämpfung wurde der „Plan Colombia“ entworfen. Er umfasst finanzielle Aufwendungen von 7,557 Mia. US-\$, von denen 63,3% der nationalen Verteidigung zufließen sollen, der US-Amerikanische Anteil beträgt 1,334 Mia. US-\$, wovon 85% dem Militär zufließen, die Europäer entsenden 1,25 Mia. US-\$, und 4,00 Mia. US-\$ sollen aus Kolumbien selber kommen. Kolumbien erlebt derzeit die schlimmste Wirtschaftskrise der letzten Jahrzehnte und hat bereits jetzt einen jährlichen Schuldendienst von 41% der BIP zu leisten. Der Plan umfasst das Entsenden von mehreren 100 Militärberatern, das Aufstellen von Sonderbataillonen zur Aufstands- und Drogenbekämpfung, Kontrolle des Luftraumes und der Küsten, Anschaffung von Helikoptern, Verschärfung der Justiz, u.s.w..

Es ist klar, daß es sich um ein Projekt zur Entwicklung des Krieges handelt, und bereits heute schon sprechen hochrangige Kritiker von der Gefahr eines neuen Konfliktes und dessen Vietnamisierung. Selbst ein US-Militär äußerte sich in der Washington Post hinterfragend:

„Verdient die Regierung Kolumbiens, die total korrupt ist, unsere Hilfe, um überleben zu können“ sowie „die weniger vom System Begünstigten sind diejenigen, die sterben werden, während jene die profitieren, ihre Mittel ins Ausland schaffen werden“.

Betrachtet man die Situation des Kolumbianischen Bürgerkriegs von einer definierten Haltung gegenüber dem bewaffneten Konflikt, so widerspricht der „Plan Colombia“ nicht nur den Zielen der jetzigen Friedensverhandlungen sondern er fördert auch die latente Idee eines offenen Krieges mit breiter US-Unterstützung. Durch die militärische Ausrichtung des Plans ist klar, daß ein Konflikt geschürt werden soll, dessen Folgen eine vollständige Degradierung der humanitären Situation mit einer noch höheren Anzahl Toten, Vertriebenen, Verschwundenen, Entführten und selbst eine Ausweitung des Drogenanbaus mit sich bringen.

Es sei auch noch mal auf die Tradition des Kolumbianischen Militärs als Verletzer der Menschenrechte hingewiesen.

In Europa wurde im Juni 00 die europäische Geberkonferenz für den „Plan Colombia“ eröffnet und obwohl einige europäische Staaten den Plan beziehungsweise dessen Finanzierung ablehnten, ist Deutschland mit seiner rosa/grünen Regierung natürlich dabei.

Im April wurden diese Mittel nun von der EU bewilligt, trotz der wahrnehmbaren Eskalation und obwohl der kolumbianische Präsident Andres Pastrana bei seinem April-Besuch in Berlin zugeben musste, daß derzeit ein Fünftel der Menschenrechtsverletzungen auf das Konto der Armee gehen. Die EU ließ sich in ihrer Mittelbewilligung auch nicht vom Ausschluss der USA aus der UN-Menschenrechtskommission bremsen, der u. a. wegen dem „Plan Colombia“ erfolgte.

Der „Plan Colombia“ bedeutet die deutliche Gefahr einer neuerlichen Eskalation des Krieges in Kolumbien und einen erheblichen Eingriff in die Souveränität Kolumbiens durch den US-Imperialismus.

Wir müssen etwas tun, um die Öffentlichkeit auf die extreme Situation in Kolumbien aufmerksam zu machen und um die Regierungen und die EU zu zwingen, die Ende April zugesagte finanzielle Unterstützung des "Plan Colombia" zurückzuziehen.

14. Zensur in Potsdam

Mitte Februar kündigte das Innenministerium des Landes Brandenburg an, dass demnächst die Orte, die videoüberwacht werden sollen, bekanntgegeben werden. Natürlich wurde nicht verpasst, schon mal vorbeugend die Kritiker dieser Massnahme zu kriminalisieren.

Am 27. Februar 2001 bekam ein Potsdamer Genosse, der Mitglied im "Bündnis gegen das Polizeigesetz" ist, Post von der Staatsschutzabteilung der Kriminalpolizei. Darin wurde ihm mitgeteilt, dass er zum nächsten Tag zur Beschuldigtenvernehmung und erkennungsdienstlichen Behandlung in einem Ermittlungsverfahren wegen Amtsanmassung (§ 132 StGB) vorgeladen ist. (Eine Amtsanmassung begeht, "wer sich unbefugt mit der Ausübung eines öffentlichen Amtes befasst oder eine Handlung vornimmt, welche nur kraft öffentlichen Amtes vorgenommen werden darf.") Auf Nachfrage stellte sich heraus, dass es um ein Plakat des Bündnisses geht, welches im Vorjahr landesweit verklebt wurde. Im Vorfeld der im vorigen Jahr beschlossenen weiteren Befugnisweiterungen für die Polizei durch das Landespolizeigesetz (u.a. Todesschuss, Aufenthaltsverbot, Videoüberwachung) hatte das Bündnis u.a. gelbe A2-Plakate mit der Aufschrift: *Achtung! Dieser Platz wird noch nicht videoüberwacht. Leinen Sie ihr Kind an. Sorgen Sie für eine angemessene Bewaffnung. Führen Sie möglichst wenig Bargeld mit sich. Straftaten können hier nicht ausgeschlossen werden. Betreten auf eigene Gefahr. Wir wollen, dass Sie sicher leben! Ihr Jörg Schönbohm. ViSdP: Bündnis gegen das Polizeigesetz, c/o Lindenstrasse 53, 14467 Potsdam*, in Umlauf gebracht. Wer nicht beschränkt oder bössartig bzw. beides ist, muss erkennen, dass es sich bei dem Plakat um Satire handelt, die schon aufgrund der Meinungs- und Kunstfreiheit erlaubt ist. Bereits im vorigen Jahr wurde derselbe Genosse wegen Sachbeschädigung durch dieselben Plakate angezeigt. Allerdings war klar, dass man von der Urheberschaft nicht auf das Kleben der Plakate auf unerlaubte Flächen schliessen kann. Das Verfahren wurde eingestellt.

Da die Warnung vor nicht vorhandener Bespitzelung wohl keine Handlung ist, die nur einem Amtsträger zusteht, ist auch der neuerliche Vorwurf der Amtsanmassung völlig absurd. Die Aktion des Staatsschutzes ist zusätzlich deshalb fragwürdig, weil keinerlei Ladungsfrist eingehalten wurde, nicht erkennbar ist, wie mit der ED-Behandlung die Aufklärung der angeblichen Straftat bewerkstelligt werden soll und weil vom Beschuldigten bereits früher erkennungsdienstliche Unterlagen angefertigt wurden. Da hier alles nach Schikane und Einschüchterung riecht, wird der Genosse eine Anzeige wegen "Verfolgung Unschuldiger" stellen.

15. Volksinitiative zur Stärkung der Grund- und Bürgerrechte gegenüber der Polizei

Mit der Volksinitiative wollen wir der Öffentlichkeit deutlich machen, wie weit es der Polizeistaat schon gebracht hat.

Ende des Jahres 2000 beschloss der brandenburgische Landtag Verschärfungen des Landespolizeigesetzes. Es wurden Aufenthaltsverbote, Videoüberwachung und der "Finale Rettungsschuss" eingeführt.

Bereits 1996 war das Landespolizeigesetz durch 4-Tage-„Vorbeugegewahrsam“, Lauschangriff und die Abschaffung der Dienstnummertragepflicht für Polizisten in geschlossenen Einheiten geändert worden. (Die Dienstnummertragepflicht galt von 1990 bis 1996. Diejenigen, die dafür verantwortlich waren, dass sie nie eingehalten wurde, werben für die Videoüberwachung mit dem Argument: wer nichts zu verbergen hat, der muss auch keine Angst vor Kontrolle haben.)

Später wurden willkürliche Kontrollen (die sogenannte Schleierfahndung) im Grenz "nahen" 30 km-Raum legalisiert.

Die PDS hatte mit ihrer Verfassungsbeschwerde gegen die Verschärfungen des Jahres 1996 teilweise Erfolg. So bemängelt das Verfassungsgericht u.a., dass der Lauschangriff auch gegen Ärzte, Rechtsanwälte u.s.w. vorgesehen war. Die deshalb notwendigen Nachbesserungen am Gesetz wurden dazu benutzt, die neuen Verschärfungen, die wiederum verfassungswidrig sind, auf die Tagesordnung zu setzen.

Das neue Gesetz ist symptomatisch für Entwicklungen im Polizeirecht bundesweit. Während die Polizei immer mehr Befugnisse zu immer tieferen Grundrechtseinschränkungen erhält, werden die gesetzlichen Voraussetzungen für die Anwendung dieser polizeilichen Maßnahmen immer geringer.

Das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten sowie die Gewaltenteilung wird immer weiter aufgeweicht.

In den letzten Jahren wurden neue Polizeibefugnisse stets zuerst in der Praxis ohne gesetzliche Grundlage erprobt und später legalisiert.

Gesetzesverschärfungen wurden zumeist mit der Notwendigkeit des Einsatzes gegen rechtsextremistische Straftaten begründet. Die Praxis hat aber gezeigt, wer vornehmlich davon betroffen sein wird.

Eine effektive öffentliche Kontrolle der Polizei ist inzwischen ebenso wenig gewährleistet wie ein wirksamer Datenschutz. Selbst einige Juristen sehen die Bundesrepublik inzwischen auf legalem Weg in einen Polizeistaat.

Gegen Bullenterror, Kontroll- und Überwachungswahn
